

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 09.05.2022
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:20 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Angela Drewes WSI

Mitglieder

Renate Koschorrek FDP

Christian Fuchs CDU

Michael C. Kissig CDU

Michael Schernikau CDU bis TOP 5

Herbert Thomascheski CDU

Rüdiger Fölske SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Wolfgang Rüdiger SPD

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Andreas Schnieber WSI

Dr. Detlef Murphy DIE LINKE

Jugendbeirat

Ilana Stündl Jugendbeirat

Hauke-Elias Zucht Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Wolfgang Meyer-Lomberg Seniorenbeirat

Verwaltung

Manuel Baehr

Gernot Kaser Bürgermeister

Niklas Viehmann Protokollführung

Jörg Amelung

Rolf Jagemann

Volkmar Scholz

Gisela Sinz

Abwesend

Umweltbeirat

Jens Brüggemann Umweltbeirat entschuldigt

Gäste:

1 Einwohnerin

Außerdem ist das Ratsmitglied Herr Olaf Wuttke ohne Stimmrecht anwesend.

Die Ausschussvorsitzende Frau Drewes begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegt eine Dringlichkeitsvorlage der Verwaltung zum Thema „Bereitstellung von Mitteln für überplanmäßige Ausgaben im Produkt „Hilfe für Wohnungslose““ vor. Diese soll zwischen TOP 5 und 6 der vorliegenden Tagesordnung beraten werden. Die entsprechende Vorlage liegt als Tischvorlage vor und ist den digitalen Unterlagen als Anlage zur Sitzung beigelegt.

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig die Neuaufnahme des Tagesordnungspunktes „Bereitstellung von Mitteln für überplanmäßige Ausgaben im Produkt „Hilfe für Wohnungslose““ sowie den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 9-12.2.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 21.03.2022 | |
| 4 | Haushaltskonsolidierung - Beratungen und Durchführungen von Vergabeverfahren | BV/2022/041 |
| 5 | Haushaltskonsolidierung - Einführung der Gebührenpflicht für P+R Anlage
Hier: Mittelbereitstellung für die Sanierung der P+R Anlage und zur Vorbereitung der Gebührenpflicht | BV/2022/042 |
| 6 | Grundstücksangelegenheit im BusinessPark Elbufer / Änderung von vertraglichen Bauverpflichtungen | BV/2022/025 |
| 7 | Cockpitbericht zum 31.03.2022 | MV/2022/031 |
| 8 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 8.1 | Vorkaufsrechte der Stadt Wedel und Vorkaufsrechtssatzung | MV/2022/023 |
| 8.2 | Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2021 | MV/2022/034 |
| 8.3 | Sachstandbericht zur aktuellen Corona-Situation | |
| 8.4 | Bericht der Verwaltung | |

8.5 Öffentliche Anfragen

nichtöffentlicher Teil

- 9 Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 21.03.2022
- 10 Haushaltskonsolidierung - Handlungsfeld 5 - Maßnahme 27
Grundstücksangelegenheit Theaterparkplatz BV/2022/009
- 11 Haushaltskonsolidierung - Handlungsfeld 8 - Maßnahme 41
Verkauf städtischer landwirtschaftlicher Grünflächen
("Weiden") BV/2022/010
- 12 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 12.1 Bericht der Verwaltung
- 12.2 Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil

- 13 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Die Beiräte haben nichts zu berichten.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 21.03.2022

Es gibt keine Einwände zu dem Protokoll.

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls der Sitzung vom 21.03.2022 wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4 Haushaltskonsolidierung - Beratungen und Durchführungen von Vergabeverfahren

BV/2022/041

Die CDU äußert ihre Verwunderung über das Vorgehen der Verwaltung mit der Haushaltskonsolidierung. Ursprünglich wurde im Lenkungsausschuss vereinbart und im HFA beschlossen, über alle Maßnahmen gesammelt in einer Gesamtvorlage im September zu beraten und diese dann im September zu beschließen. Das nun vorgesehene Prozedere, bereits vorher über einzelne Maßnahmen zu diskutieren und zu beschließen, sei so nicht vereinbart. Die Fraktionen werden dazu zu einem Meinungsbild gefragt.

Die FDP folgt den Ausführungen der CDU und fragt die Verwaltung, warum nun dieses Verfahren gewählt wurde.

Herr Amelung erläutert, dass die Verwaltung das Verfahren so interpretiert habe, dass vor der Sommerpause im Mai und Juni alle Maßnahmen als Vorlagen zur Beratung in die Ausschüsse gegeben und nach der Sommerpause in einem Gesamtpaket beschlossen werden sollten. Es handle sich offensichtlich um ein Missverständnis.

Die SPD könne heute nur unter Vorbehalt einer noch folgenden Gesamtabwägung innerhalb der Fraktionen zu den einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen auf der heutigen Tagesordnung beschließen.

Weiter wird gefragt, warum die PD-Beratungsgesellschaft heute nicht anwesend sei, obwohl in der letzten Sitzung am 31.03. beschlossen wurde, dass diese zu einer Vorstellung eingeladen werden sollte.

Die WSI sei ebenfalls verwundert über das Vorgehen. Die Ausschussvorsitzende zitiert aus dem letzten Protokoll des Lenkungs Ausschusses, in dem das Verfahren klar geregelt wurde. Es sollte nur eine Vorabliste mit den kurzfristig umzusetzenden Maßnahmen geben- dieser wurde auch im HFA zugestimmt. Alle weiteren Konsolidierungsvorschläge sollen erst nach der Sommerpause in einem Gesamtpaket in die Beratung gegeben werden.

Das weitere Vorgehen sei klar geregelt und dem Protokoll der Sitzung des Lenkungs Ausschusses zur Haushaltskonsolidierung zu entnehmen. Das Vorgehen der Verwaltung sei eine mutige Interpretation des Verfahrens, das allerdings so nicht vereinbart sei. Auch Beschlüsse unter Vorbehalt nützen wenig. Es wird daher vorgeschlagen, die Themen zur Haushaltskonsolidierung heute von der Tagesordnung zu nehmen und in die erste Sitzung nach der Sommerpause (Gesamtpaket) zu vertragen.

Lediglich TOP 10 könne ohne Bezug zur Haushaltskonsolidierung beraten werden.

Die Grünen stimmen dem Vorschlag der WSI zu.

Herr Amelung erläutert erneut, dass ein Missverständnis vorlag. Die Verwaltung habe keine abschließende Entscheidung erwartet und sei mit der Streichung der Tagesordnungspunkte einverstanden.

Mit der PD-Beratungsgesellschaft sei ein Vorgespräch am 18. Mai vorgesehen. Danach entscheide sich, ob die Gesellschaft an der nächsten Sitzung am 20.06. teilnimmt.

Es wird darauf hingewiesen, dass die bereits in den Ausschüssen besprochenen Themen zur Haushaltskonsolidierung nicht im Rat auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen.

Anschließend beschließen die Haupt- und Finanzausschussmitglieder einstimmig die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

**5 Haushaltskonsolidierung - Einführung der Gebührenpflicht für
P+R Anlage**

BV/2022/042

**Hier: Mittelbereitstellung für die Sanierung der P+R Anlage
und zur Vorbereitung der Gebührenpflicht**

Der Tagesordnungspunkt wird einstimmig vertagt.

An dieser Stelle wird die nachträglich auf die Tagesordnung genommene Vorlage zur Bereitstellung von Mitteln für überplanmäßige Ausgaben im Produkt „Hilfe für Wohnungslose“ behandelt.

Die Verwaltung bittet um Beschluss über die Vorlage, um die Zeit bis zum angekündigten Nachtragshaushalt und dessen Genehmigung handlungsfähig zu bleiben. Es müssen vor allem Mieten für zusätzlich angemietete Wohnungen bezahlt werden, die zur Unterbringung von Wohnungslosen dienen.

Auf Nachfrage wird erläutert, dass derzeit noch keine konkreten Aussagen getroffen wurden, wie die Kommunen durch Bund und Land entlastet werden.

Aus den Reihen der Politik wird darauf hingewiesen, dass es vor einiger Zeit eine Information an den HFA gab, in der zwei Gebäude im Rahmen des Erbbaurechtes an die Stadt zurückgefallen sind. In der Mitteilung wurde begründet, dass eine Renovierung und Nut-

zung für Unterbringungsfälle unwirtschaftlich sei und die Gebäude daher verkauft werden sollen. In der nun vorliegenden Vorlage sei beschrieben, dass einige Gebäude aufgrund ausgelaufener Erbbaurechte für eine Unterbringung genutzt und umgebaut und renoviert werden müssen.

Die Verwaltung erläutert, dass aufgrund der veränderten Ausgangslage mit der Flüchtlingssituation aus der Ukraine eine kurz- oder mittelfristige Nutzung möglich gemacht werden solle. Die Kosten für die notwendigen Umbauarbeiten seien im Nachtragshaushalt vorgesehen und seien nicht in den zum Beschlussvorschlag vorgesehenen Mitteln enthalten.

Es wird darum gebeten die Vorlage bezüglich der Erbbaurechte zu konkretisieren und eine überarbeitete Vorlage zur Ratssitzung vorzulegen.

Die Vorlage wird daher ohne HFA-Empfehlung in den Rat weitergeleitet.

6 Grundstücksangelegenheit im BusinessPark Elbufer /

BV/2022/025

Änderung von vertraglichen Bauverpflichtungen

Die CDU weist auf die Preissteigerungen im Baubereich hin und fragt, wie realistisch die Umsetzung der geplanten Maßnahmen im Zeitplan seien.

Die Verwaltung erläutert, dass sich die Fertigstellung an der Bebauung des Businessparks orientiert. Es besteht eine Bauverpflichtung mit einer Deadline, die mit der Fertigstellung der Bebauung von 70 % der Flächen des Businessparks endet. Sollte die beantragte Änderung der Bauverpflichtung nicht erteilt werden, werde das Projekt für den Bauherrn schwieriger.

Die CDU weist darauf hin, dass eine Aufstockung der Gebäudegeschosse eine Abweichung vom städtebaulichen Konzept darstelle. Der Investor bekomme mehr Fläche und könne höhere Einnahmen erzielen. Der Änderung der Fassadengestaltung könne zugestimmt werden, allerdings solle die Stadt für die Aufstockung und damit verbundenen Vergrößerung der Gesamtfläche auch zusätzliche Einnahmen bekommen. Dafür solle die Stadt in Nachverhandlungen eintreten.

Die FDP lehnt die Meinung der CDU ab. Es komme beim Businesspark vor allem auf die zusätzlichen Einnahmen aus der Gewerbesteuer an. Der Investor verliere durch die neue Bauweise 2 % der Fläche und erhalte durch die zusätzlichen Geschosse lediglich 4 % dazu.

Die Grünen stimmen den Ausführungen der CDU zu.

Die SPD fragt, ob überhaupt die Möglichkeit für die Stadt bestehe, mehr zu erhalten und ob der Investor noch höher bauen wollen würde.

Die Verwaltung erläutert, dass sich der Investor mit der gewünschten Aufstockung noch im Rahmen des B-Planes bewege. Die beiden viergeschossigen Gebäude sollen jeweils um ein Geschoss aufgestockt werden. Es könnte ein neuer Vertrag mit dem Investor abgeschlossen werden. Der Beschlussvorlage müsse in diesem Punkt daher nicht zugestimmt werden. Es wird jedoch empfohlen, dem Investor die Möglichkeit zur Aufstockung zu geben.

Die WSI empfinde die Änderungen als städtebaulichen Gewinn, weist aber auch darauf hin, dass die Gestaltung sich im Vergleich zu den Entwürfen von vor sechs Jahren verändert habe und somit unklar sei, ob bei der Fertigstellung tatsächlich auch so gebaut werde, wie jetzt beschlossen werde.

Die CDU beantragt getrennte Abstimmung für Punkt 1+3 und Punkt 2. Sie lehne Punkt 2 ab und siehe dies als Verhandlungsauftrag für die Verwaltung an.

Anschließend lässt die Vorsitzende über die Vorlage getrennt nach den Punkten 1+3 und 2 abstimmen. Zum Zeitpunkt der Abstimmung sind 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Ein Mitglied der CDU fehlt.

Punkte 1+3 der Vorlage werden einstimmig empfohlen.

Punkt 2 der Vorlage

„Der Rat beschließt eine Änderung der Bauverpflichtung gemäß seines Beschlusses vom 02.06.2016 zum Verkauf eines 10.000 m² großen Grundstücks zur Realisierung des Projektes „Elbcube5“ (BV/2016/041). Die zwei bisher viergeschossig geplanten Gebäude sollen um ein Geschoss erhöht werden.“

wird mit

5 Ja (3x SPD, 2x WSI) und

7 Nein (3x CDU, 2x Bündnis 90/ Die Grünen, 1x FDP, 1x DIE LINKE)
abgelehnt.

Beschlussempfehlung:

1.

Der Rat beschließt eine Änderung der Bauverpflichtung gemäß seines Beschlusses vom 02.06.2016 zum Verkauf eines 10.000 m² großen Grundstücks zur Realisierung des Projektes „Elbcube5“ (BV/2016/041). Statt der vorgesehenen Glasfassaden sollen die noch zu erstellenden Gebäude 2 bis 5 eine Lochfassade erhalten (siehe Anlagen 2 und 3).

2.

abgelehnt

3.

Der Rat beschließt eine Änderung der Bauverpflichtung gemäß seines Beschlusses vom 17.06.2021 zum Verkauf eines 7.000 m² großen Grundstücks zur Realisierung eines Erweiterungsbaus zum Projekt „Elbcube5“ (BV/2021/036). Das Gebäude soll eine veränderte Lochfassade erhalten (siehe Anlage 4 und 5).

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1+3: Einstimmig empfohlen

Punkt 2: mit 5 Ja und 7 Nein abgelehnt

7 Cockpitbericht zum 31.03.2022

MV/2022/031

Der im Juni zur Beratung anstehende Nachtragshaushalt 2021 wird ein Defizit von 1,8 Mio. Euro ausweisen.

Auf Nachfrage zur erneuten Senkung der Kreisumlage könne noch keine Auskunft erteilt werden, ob und in welcher Höhe diese stattfinden werde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen



8.1 Vorkaufsrechte der Stadt Wedel und Vorkaufsrechtssatzung MV/2022/023

Es wird darauf hingewiesen, dass das Bundesbauministerium derzeit an einer Gesetzesänderung zum kommunalen Vorkaufsrecht arbeite.

Herr Wuttke berichtet von einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zum Kommunalen Vorkaufsrecht vom 09.11.2021 (Az BVerwG 4 C 1.20).

Die WSI erkenne in der Vorlage keine richtige Handlungsempfehlung und bittet darum, auch Referenzen und Mustersatzungen von anderen, mit Wedel vergleichbaren Kommunen einzuholen.

Die SPD schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen bis die neuen Regelungen des Bundes feststehen und die Verwaltung zu beauftragen, Vorkaufsrechte im Rahmen der derzeitigen Möglichkeiten zu nutzen.

Die CDU plädiert dafür, zunächst abzuwarten, was auf Bundesebene entschieden werde, bevor unnötiger Arbeitsaufwand erzeugt werde. Bei den Vorkaufsrechten gehe es um einen Eingriff in die Eigentumsrechte, welcher den Wert eines Grundstückes mindert. Daher sollten die Regelungen Hand und Fuß haben.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.2 Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2021 MV/2022/034

Es wird kritisiert, dass die Vorlage keine Erläuterungen zu den einzelnen aufgeführten Zahlen enthalte.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.3 Sachstandbericht zur aktuellen Corona-Situation

Es gibt keinen neuen Sachstand.

8.4 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung berichtet, dass der angekündigte Nachtragshaushalt den Fraktionen am 20.05. zur Verfügung gestellt werde und dann im HFA und Rat in den Sitzungen im Juni beraten werden solle. Der Nachtragshaushalt sehe aufgrund einer hohen Steuernachzahlung ein Defizit von rund 1,8 Mio. Euro vor. Der investive Bereich wurde nach den Vorgaben des Innenministeriums angepasst, so dass gehofft werde, die vorgeschriebene Erfüllungsquote der Investitionen von mindestens 60 % einhalten zu können.

Es wird darum gebeten, zu diesem Nachtragshaushalt eine Mitteilung über die mittelfristigen Finanzplanung beizufügen.

8.5 Öffentliche Anfragen

Der Jugendbeirat fragt nach einem Exemplar des angesprochenen Protokolls des Lenkungsausschusses zur Haushaltskonsolidierung. Da dieses Gremium ein nichtöffentliches Gremium sei, könne dies jedoch nicht zur Verfügung gestellt werden.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

13 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

Unter TOP 10 wurde ein Beschluss zu einem Verhandlungsauftrag über eine Grundstücksangelegenheit, losgelöst von der Haushaltskonsolidierung, getroffen.

TOP 11 wurde vertagt.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

Gez. Drewes
Angela Drewes

Protokollführung:

Gez. Viehmann
Niklas Viehmann

